

Frankfurter Allgemeine Zeitung
12.07.2010

EUROPLATZ

Gedankenspiele zum Euro

By Michael Heise

Sollte Deutschland die DM wieder einführen oder wäre es besser, wenn Griechenland aus der Eurozone austritt oder brauchen wir gar eine Nordunion und eine Südunion, die eine mit etwas härterem, die andere mit etwas weicherem Euro? Alles Gedankenspiele, die unverbindlich diskutiert werden. In der Debatte spielt kaum eine Rolle, wie schwierig es ist, eine Währung durch eine andere zu ersetzen, weil neue Noten gedruckt und Münzen geprägt werden müssen und alle IT-Systeme umzustellen sind. Vor allem aber wird den wirtschaftlichen und den politischen Kosten einer Zerschlagung der Eurozone oft wenig Bedeutung beigemessen.

Der Euro hat zwar noch nicht zu dem Grad an politischer Integration geführt, den eine gemeinsame Währung langfristig erfordert. Aber das, was es an Erfolgen erreicht wurde, – vom gemeinsamen Geldmarkt, über kostengünstigere grenzüberschreitende Zahlungsverkehrssysteme bis hin zum politischen Zusammenhalt in der Eurogruppe – würde durch eine Zerschlagung des Währungsraum gefährdet. Nationale Alleingänge wären an der Tagesordnung, Länder würden mit Hilfe der Währungspolitik wieder Wettbewerbsvorteile anstreben, was ja geradezu als Sinn des Austritts angesehen wird. Die Wechselkursunsicherheit würde die Ströme an Investitionskapital und Waren zwischen den Ländern bremsen. Für Deutschland, dessen Güterexporte zu 43,3% in die EWU gehen, wären die Folgen zweifellos negativ.

Für eine Zerschlagung der Eurozone werden im wesentlichen zwei Argumente angeführt. Der Erste ist, dass eine Währungsunion ohne eine ausreichende politische Union eine „hinkende Konstruktion“ (Karl Otto Pöhl) ist und langfristig nicht funktionieren kann. Die naheliegende Schlussfolgerung daraus ist freilich, dass man die politische Integration, wo erforderlich, vorantreibt. Zu denken ist insbesondere an politische Instanzen, die sicherstellen, dass die finanzpolitischen Regeln, an die sich alle Mitgliedsländer gebunden haben, auch wirklich umgesetzt werden, und sich Vorgänge wie die in Griechenland nicht wiederholen können. Was bisher in diesem Zusammenhang an Vorschlägen aus der Politik zu hören war, erscheint nicht ausreichend. Mit einer leichten Verschärfung der Sanktionen für finanzpolitisches Fehlverhalten oder mit der Einrichtung eines unabhängigen Sachverständigenrates zur Beurteilung der Finanzpolitik ist es sicherlich nicht getan. Es bedarf vielmehr einer Instanz, die Durchgriffsrechte hat, wenn Länder dauerhaft die Spielregeln der Währungsunion missachten, und die im Extremfall mit einem Ausschuss aus der Währungsunion drohen kann.

Als zweites Grundproblem der europäischen Währungsunion wird angeführt, dass die Länder viel zu heterogen seien, um unter dem Dach einer gemeinsamen Währung und mit einer Geldpolitik gut aufgehoben seien. Unterschiede in der Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Länder führten unweigerlich zu beträchtlichen Zahlungsbilanzdefiziten und – überschüssen in der Währungsunion. Solche Ungleichgewichte sind nicht zu leugnen, aber sie sind nicht unvermeidbare Folge der Währungsunion, sondern sie hängen damit

zusammen, dass die Spielregeln der Währungsunion nicht beachtet wurden. So haben die Länder, die heute große Defizite beklagen, die Lohnentwicklung dem Produktivitätsfortschritt weit voraneilen lassen, sie haben die Jahre der wirtschaftlichen Expansionen nicht genutzt, um Haushaltsdefizite zu beseitigen und sie haben dem Kreditboom, der durch die niedrigen Zinsen der Eurozone ausgelöst wurde, nichts entgegengesetzt. Es ist klar, dass ein solches makropolitische Verhalten hohe Ungleichgewichte auslösen muss, wenn eine Währungsabwertung nicht mehr möglich ist. Diese Lektion dürften die betroffenen Länder aus bitterer Erfahrung gelernt haben. Um aber wirklich sicher zu gehen, dass insbesondere finanzpolitische Fehlsteuerungen sich nicht wiederholen, sollten die Regeln des Stabilitätspakts und die Mechanismen seiner Umsetzung verbessert werden. Die wirtschaftspolitischen Aktivitäten, die derzeit zu beobachten sind, gehen durchaus in diese Richtung und werden den Euro langfristig stärken. Es ist also wohl verfrüht schon den Abgesang auf den Euro anzustimmen.